

**Stellungnahme von Kleinwasserkraft Österreich zur:
Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2018 in der Fassung der Novelle 2020
(SNE-VO 2018 - Novelle 2020)**

Bezugnehmend auf den Entwurf SNE-VO Novelle 2020 möchte Kleinwasserkraft Österreich die Möglichkeit zur Stellungnahme nutzen und ersucht um deren Berücksichtigung:

Im Zuge der Novelle 2020 begrüßt Kleinwasserkraft Österreich, dass endlich der Forderung nach Anpassung der Messentgelte entsprochen wird. Allerdings wäre es hier sinnvoll, weiterhin fixe Maximalbeträge zu definieren, um Konflikte aufgrund vermeintlicher Intransparenz hintanzuhalten. Insbesondere die Abstellung auf Wiederbeschaffungswerte wirft Fragen auf. Wie oft dürfen, müssen oder können diese Beträge dann angepasst werden? Wie ist der Wiederbeschaffungswert definiert? Sicherzustellen ist, dass für Messeinrichtungen die aufgrund der regelmäßigen Zahlungen der Netzbenutzer bereits zu 100 % refinanziert sind, keine Entgelte mehr verrechnet werden. Dies sollte nach spätestens 5 Jahren der Fall sein. Selbiges muss auch für Messeinrichtungen gemäß §10 (4) gelten.

Das Systemdienstleistungsentgelt für Ökostrom-Einspeiser ist jedenfalls auf den Europäischen Standard anzupassen um eine Benachteiligung im Vergleich zu Stromimporten hintanzuhalten. Ähnliches gilt für die Netzverlustentgelte, welche nicht mehr von heimischen Ökostrom-Einspeisern entrichtet werden sollten.

Für Netzdienstleistungen, wie zum Beispiel die Blindleistungserbringung oder die Reduktion der Wirkleistung, die auf Anforderung der Netzbetreiber und/oder der öffentlichen Hand durch die Einspeiser erbracht werden, sollen Einspeiser in Hinkunft entsprechende vom Regulator ermittelte, von Stakeholdern begutachtete und anschließend verordnete Entgelte erhalten.

Festgehalten wird außerdem, dass es jedenfalls einer Klärung bzw. Vereinheitlichung von Begrifflichkeiten zwischen SNE-VO-2018-Novelle-2020 und den Erläuterungen zum Begutachtungsentwurf bedarf. Insbesondere die Erläuterungen des § 10 beschreiben Begriffe die in der Verordnung nicht vorkommen und eröffnen so Konfliktpotential.

Begründung:

Während auf der einen Seite die Errichtung und der Betrieb von Ökostromanlagen durch Förderungen angeregt werden, konterkarieren auf der anderen Seite Entgelte und Gebühren diese Bestrebungen. Die genannten Netzentgelte stellen dabei einen wesentlichen Teil dar. Durch bestimmte Auslegungen und Leistungen die Einspeiser erbringen müssen, ohne dafür entschädigt zu werden wird die Situation zusätzlich verschärft. Dem ist durch den Regulator endlich entsprechend entgegenzuwirken!

Der großflächige Roll-Out von Lastprofilzählern aller Verbraucher und Einspeiser > 100.000 kWh und 50 KW fand bereits vor über 15 Jahren statt. War zum damaligen Zeitpunkt ein Preis von über 50 Euro pro Monat aufgrund der Investitionen für die Neuinstallation der Geräte und der Systemumstellung noch rechtfertigbar, so sind die Investitionen in Lastprofilzähler längst abgeschrieben, und die Systemumstellung vollzogen, weshalb die aktuellen Entgelte deutlich zu hoch sind.

Bisher funktionieren installierte Lastprofilzähler in der gleichen Weise, wie es die neuen Smart Meter tun, sie kosten aber ein Vielfaches (52,00 € p. m. NSP bzw. 75,00 € MSP) des Smart Meters. Diese Größenordnung ist nicht mehr gerechtfertigt.

Vorgeschlagene Änderungen in der SNE-VO 2018 – Novelle 2020

§ 10. (1) Für das von Netzbenutzern zu entrichtende Entgelt für Messleistungen werden für folgende Höchstpreise je Kalendermonat bestimmt:

- | | |
|--|---------|
| 1. Mittelspannungswandlerzählung: | 22,40 € |
| 2. Niederspannungswandlerzählung: | 4,40 € |
| 3. Wechselstromzählung: | 1,00 € |
| 4. Drehstrom- und andere Niederspannungszählungen (exkl. Wandler): | 2,40 € |

(4) Wird eine Messeinrichtung von den Netzbenutzern selbst beigestellt, so ist keine Entgeltverrechnung zulässig. Werden Wandler von den Netzbenutzern selbst beigestellt, ist eine gesonderte Verrechnung nicht zulässig. Überschreiten die kumulierten Entgeltzahlungen für Messleistungen der Vergangenheit die Wiederbeschaffungskosten der Messeinrichtung so ist keine weitere Entgeltverrechnung zulässig.